



Liebe Leserinnen und Leser,

Newsletter-Ausgabe 1 nach der vorgezogenen Bundestagswahl: Neue Mehrheitsverhältnisse – aber derselbe direkt gewählte Abgeordnete im Südkreis. Dafür zuallererst mal allen Beteiligten meinen ganz herzlichen Dank! Und damit meine ich sowohl meine zahlreichen Unterstützer im und um diesen sehr besonderen Wahlkampf, als auch jeden Einzelnen, der mir per Stimmzettel sein Vertrauen geschenkt hat.

Nun gibt es keine Zeit zu verlieren. So geht es übergangslos weiter im bundespolitischen Betrieb: Erste Zusammenkunft der Bergischen Runde, Sitzung der neuen Fraktion, Sitzung des Wirtschaftsrates, Klausurtagung der Landesgruppe NRW. Alte Bekannte und neue Gesichter. Auch, wenn wir uns als Partei ein noch besseres Wahlergebnis gewünscht hätten, bleibt festzuhalten: Als klar stärkste Kraft haben wir einen Regierungsauftrag. Und eines versichere ich Ihnen, gerade mit Blick auf manch schnelle Skepsis: Unsere neue Regierung wird in jedem Fall für einen möglichst weitgehenden Politikwechsel stehen!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener



Jubel über gelungenes Ergebnis eines besonderen Wahlkampfes

Erfolgreiches Teamwork für den Politikwechsel

Nach einem herausfordernden Wahlkampf ist vor einer herausfordernden Legislaturperiode. Doch bei allen laufenden Verhandlungen und Diskussionen bleibt zunächst einmal festzuhalten: Unser Einsatz hat sich gelohnt! Die Union ist wieder stärkste Kraft im Bund, im Südkreis noch besser als im bundesweiten Durchschnitt, und mein Direktmandat konnte ich mit einem noch besseren Ergebnis als 2021 verteidigen. Kurzum: Ein Zugewinn auf allen Ebenen.

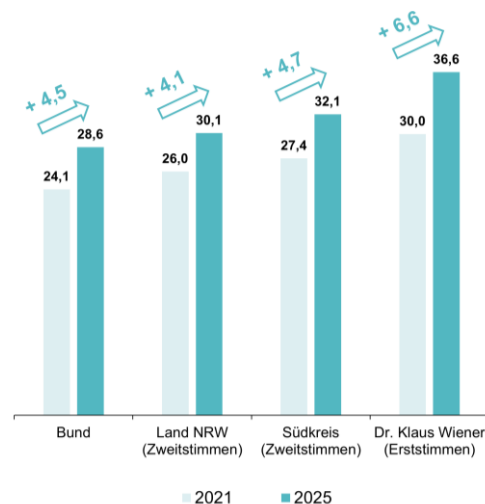
Und wenn ich dabei „uns“ sage, dann meine ich jeden einzelnen Helfer und Unterstützer zwischen Mettmann und Monheim. Dieser in vielerlei Hinsicht besondere Winterwahlkampf war zweifelsohne, man erlaube mir diesen Ausdruck, eine Ochsentour. Doch egal wo ich hinkam, erwartete mich riesiges Engagement aller Beteiligten, ein gemeinsamer Kraftakt, echtes Teamwork. Und das hat mir jedes Mal wieder neue Energie gegeben. Das war ein wirklich starker Einsatz für unseren Südkreis – und vielleicht auch beispielhaft für das, was jetzt bundespolitisch gefordert ist.

Dass es hier nicht eben einfacher wird, hat auch damit zu tun, dass trotz unseres

Wahlsieges das Gesamtergebnis dieser Bundestagswahl nicht zufriedenstellend sein kann. Radikale politische Kräfte von links und rechts sind stark gewachsen, während die bürgerliche FDP, unser langjährig zuverlässiger Koalitionspartner, es nicht mehr in den Bundestag geschafft hat.

Eine solche Entwicklung muss auch den Letzten begreifen lassen: **Es braucht jetzt entschlossenes Handeln für einen wirklichen Politikwechsel**, insbesondere in den dringlichen Bereichen Wirtschaft, innere Sicherheit und Migration.

CDU/CSU-Wahlergebnisse





Als sich die Prismaschule Langenfeld für einen Besuch im Bundestag angemeldet hat, war ursprünglich ein Informationsgespräch vor leerem Plenarsaal geplant. Da wir aktuell aber in sehr bewegten Zeiten leben und der Zufall es so wollte, saßen die rd. 120 Schüler stattdessen in einer der wichtigsten Debatten des Jahres. Denn zur Reform der Schuldenbremse kam der 20. Bundestag ein letztes Mal außerplanmäßig zusammen, inklusive Debatten aller Fraktionsvorsitzenden. Sicherlich ein Besuch im Deutschen Bundestag, den die Schüler und Schülerinnen nicht so schnell vergessen werden.

Sitzung des Wirtschaftsrates



So langsam erwacht das politische Berlin nach der Wahlkampfzeit wieder zum Leben. Bei einer Sitzung der Arbeitsgruppe Rohstoffpolitik des Wirtschaftsrates war ich eingeladen, um zu Aktuellem aus Partei und Fraktion zu berichten. Zudem diskutierten wir über Weichenstellungen, die es jetzt in der Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft braucht. Dazu bedarf es stärkerer Allianzen im Ausland sowie einer effizienteren Nutzung unserer heimischen Rohstoffe. Auch die CO₂-Speicherung müssen wir vorantreiben.



Historische Reform der Schuldenbremse

Am 18. März haben 512 Abgeordnete - und damit die notwendige 2/3-Mehrheit - für eine Reform der Schuldenbremse gestimmt. Ein schwieriger, aber notwendiger Schritt; denn die aktuelle sicherheitspolitische Lage erfordert jetzt ein entschlossenes Handeln. Daher ist es richtig, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Das Sondervermögen Infrastruktur ist ein massives Finanzpaket, das in den letzten Wochen auch viel an Kritik erfahren hat. Klar ist: Unsere Wettbewerbsfähigkeit hat in den letzten Jahren stark gelitten. Damit die fiskalischen Impulse des Sondervermögens nicht verpuffen, ist es nun notwendig, dass die freigesetzten Mittel *rein investiv* verausgabt werden. Nur so lässt sich ein positiver Wachstumsimpuls langfristig und nachhaltig sichern. Gleichzeitig wird es entscheidend sein, dass wir Strukturreformen implementieren und Einsparungen im Haushalt vornehmen.



Interview mit CNBC

Am Morgen dieser historischen Abstimmung wurde ich vom amerikanischen Nachrichtendienst CNBC eingeladen, meine Einordnung zur Reform zu geben. Bei Interesse, sehen Sie sich das englischsprachige Interview gerne [hier](#) an.



Konstituierende Sitzung des 21. Bundestages

30 Tage nach der Bundestagswahl war es soweit: Der 21. Bundestag kam zu seiner ersten Sitzung zusammen. Was direkt auffällt: Wir sind deutlich weniger; um insgesamt 103 Abgeordnete ist der neue Bundestag im Vergleich zum Vorherigen kleiner. Die gute Nachricht dabei: Aufgrund unseres besseren Wahlergebnisses ist unsere Fraktion allerdings nicht geschrumpft, sondern um 12 weitere Abgeordnete gewachsen, wodurch wir nun wieder die größte Fraktion im Deutschen Bundestag stellen. Dennoch werden wir in dieser Wahlperiode das aktuelle Wahlrecht nochmal anpassen müssen, denn so wie es von der Ampel beschlossen wurde, ist es nicht gerecht. 23 Abgeordnete konnten trotz gewonnen Direktmandat nicht in den Bundestag einziehen – 18 davon von der Union; definitiv keine faire Aufteilung der Verluste. Vier Wahlkreise sind sogar komplett verwaist, d.h. diese werden durch gar keinen Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten. Die Verkleinerung des Bundestages ist richtig, aber das „wie“ ist hier ausschlaggebend.

Austausch mit globalem Investorenverband

Auf Einladung der Allianz nahm ich als Impulsgeber bei einem Austauschgespräch mit Infrastrukturinvestoren (Global Infrastructure Investors' Association) teil. Die Investoren aus der ganzen Welt waren besonders daran interessiert, welche Regeln es bereits gibt, um die freigesetzten Mittel aus dem sog. "Infrastrukturfonds" zu verausgaben. Klar ist: Hier steht noch einiges an Arbeit bevor. Damit das Sondervermögen nicht kurzfristig fiskalisch verpufft, braucht es klare Definitionen, damit das Geld für rein investive Ausgaben eingesetzt wird. Das wird eine gewaltige Aufgabe, der wir uns aber gewappnet fühlen. Und genau dabei liefern solche Gespräche mit Akteuren aus der Privatwirtschaft wertvolle Einblicke!



In den Medien

Rheinische Post:

Wirtschaftsfachmann mit Bodenhaftung
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

Das Interview: „Viele Menschen sind in Sorge“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokalklick:

CDU-Wahlkampfendspurt im Südkreis: Spahn empfiehlt Wiener-Wahl
[Hier den Artikel lesen.](#)

Westdeutsche Zeitung:

Wahlsieger Klaus Wiener: „Stehen vor großen Herausforderungen“
[Hier den Artikel lesen.](#)

Warnecke wird's!



Geballte Haan-Power, demnächst auch auf Kreis-Ebene: Mit unserer langjährigen Haaner Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke haben wir nun auch offiziell unsere CDU-Landratskandidatin für die kommende Kommunalwahl festgelegt – eine Entscheidung, die ich voll und ganz unterstütze, und von der ich hoffe, dass möglichst viele Wähler sie im Herbst ebenfalls treffen. In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch zur Nominierung, liebe Bettina, auf einen starken Wahlkampf!

WAHLKREIS



Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

Spannender Wahlabend im Kreis Mettmann

Der Wahltag wurde zur Geduldsprobe – nicht nur in unserer Kreisgeschäftsstelle. Doch während es bis zum nächsten Morgen dauerte, ehe Gewissheit herrschte, welche Parteien denn nun wie stark im neuen Bundestag vertreten sein würden, hatten wir im Kreis Mettmann verhältnismäßig schnell Klarheit: Stimmenanzahl ausgebaut, beide Direktmandate gehen erneut an die CDU.



Bus-Tour: Vom Südkreis nach Oberhausen

Wahlkampf ist Teamwork, und so ging es auch gemeinsam zum Wahlkampfendspurt der Landes-CDU nach Oberhausen – und zwar in voller Busstärke. Vor Ort traf unser gutgelaunter Tross nicht nur auf Gleichgesinnte aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens, sondern natürlich auch auf den Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz. Ein stimmungsvolles Rahmen-Programm und viele Gespräche später kehrte unsere Reisegruppe spätabends zurück ins Bergische Land – etwas müde zwar, aber zusammengegeschweißter denn je.



Wirtschaftsdiskussion bei der MIT Erkrath

Beim Dinerspeech der MIT Erkrath in der Brügger Mühle erörterte ich mit der Bundesvorsitzenden des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach, und rund 80 Gästen die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Schnell wurde klar: Um Deutschland in einer sich dramatisch geänderten geopolitischen Lage wieder nach vorne zu bringen, braucht es jetzt eine grundlegende politische Wende.



Wahlkampffinale mit und ohne Jens Spahn

Stau statt Stadthalle: Alles war angerichtet für ein großes Wahlkampffinale mit Jens Spahn in Erkrath, doch mein Fraktionskollege blieb im Autoverkehr stecken. Gottseidank funktionierte unsere technische Abteilung besser als Deutschlands Infrastruktur, und so konnte der abwesende Gast wenigstens digital mit mir und den rund 150 Gästen in einen ausführlichen Dialog treten. Am Ende sicherte er uns zu, den diesmal verpassten Besuch im Südkreis in der kommenden Legislaturperiode nachzuholen. Jens, wir nehmen Dich beim Wort!



Weitreichende Grundgesetzänderungen im Bundestag

Die letzte Sitzung der 20. Legislaturperiode hatte es in sich. Es ging um nichts weniger als um weitreichende Änderungen am Grundgesetz. Diese Änderungen wurden erforderlich, weil Entwicklungen auf internationaler Ebene sehr deutlich gemacht hatten, wie wichtig rasches Handeln für Deutschland und Europa ist. Die besondere Dringlichkeit des Handels war spätestens nach der Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz sowie dem Treffen zwischen dem Präsidenten Trump und Selenskyj im Oval Office sehr deutlich geworden.

Die Emotionen in der Debatte um die Grundgesetzänderungen schlugen aus zahlreichen Gründen hoch. Zunächst wurde bezweifelt, dass der alte Bundestag noch entscheiden dürfe. Deswegen wurden Eilanträge beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht, mit denen die geplanten Änderungen am Grundgesetz in letzter Minute verhindert werden sollten. Das oberste deutsche Gericht war in seinem Urteil aber sehr eindeutig: Der alte Bundestag dürfe so lange entscheiden, bis der neue zusammengetreten ist, eine Auffassung, die im Vorfeld der Entscheidung durch das BVerfG auch von etlichen Verfassungsrechtlern so geäußert wurde. Große Übereinkunft gab es in der politischen Mitte des Bundestags darüber, dass unsere Verteidigungsfähigkeit dringend verbessert werden muss. Dazu gehört mehr Geld, aber nicht nur. Auch das Beschaffungswesen und die internen Prozesse müssen dringend verbessert werden. Glaubt man den einschlägigen Umfragen, so unterstützt eine große Mehrheit der Bevölkerung dieses Vorhaben. Den allermeisten in unserem Land ist klar: Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, dürfen wir hoffen, uns nicht verteidigen zu müssen.

Sehr viel Unmut entzündet sich allerdings gerade bei unseren Anhängern an der Frage, ob zusätzlich ein Sondervermögen Infrastruktur in Höhe von 500 Mrd. € erforderlich gewesen ist. Ich gebe zu: Auch ich war von diesem Vorhaben, dass unsere Parteispitze in den Sondierungsgesprächen verhandelt hat, sehr überrascht. Immerhin steht es im Gegensatz zu dem, was auch ich im Wahlkampf zum Thema Haushalt und neue Schulden gesagt habe. Statt mehr Schulden zu machen, muss es darum gehen, die Ausgaben in unseren öffentlichen Haushalten besser zu priorisieren, so mein Mantra. Davon bin ich auch heute noch überzeugt. Ich habe es an verschiedener Stelle gesagt und wiederhole es hier: Wir haben als Land kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem!

Warum habe ich den Änderungen des Grundgesetzes dann dennoch zugestimmt? Vor allem wegen der dramatischen geopolitischen Lage, die uns keine andere Wahl lässt. Europa muss seine Geschicke wieder stärker in die eigenen Hände nehmen. Dazu gehört auch, dass wir neben einer funktionierenden Bundeswehr eine wettbewerbsfähige Wirtschaft haben. Und die braucht eine leistungsfähige Infrastruktur.

Deshalb kann ich als Volkswirt damit leben, wenn wir Schulden nur für Investitionen aufnehmen. Ein Anhänger der Schuldenbremse bin ich unverändert vor allem deswegen, weil sie hilft, unnötige Ausgaben zu verhindern. Hierzu gehört vor allem der seit Jahrzehnten immer größer werdende Sozialetat der öffentlichen Hand. Die Sozialleistungsquote von Bund, Ländern und Gemeinden liegt inzwischen bei 30 % gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Läge sie noch auf dem Niveau der Jahre kurz nach der Wiedervereinigung hätten wir Minderausgaben von 200 Mrd.€ jährlich. Deshalb muss auch nach den Änderungen am Grundgesetz klar sein: Die Schuldenbremse muss bleiben! Wichtig ist aber auch, dass die zusätzlichen Ausgaben für Bundeswehr und Infrastruktur von Einsparungen an anderer Stelle im Kernhaushalt begleitet werden. Geschieht dies nicht, droht bei den Bundesanleihen ein sehr viel stärkerer Renditeanstieg, als wir es bislang bereits erlebt haben. Dies würde die Zinslast massiv nach oben treiben. Zudem ist die Verbesserung der Infrastruktur nur eine notwendige Bedingung für eine leistungsfähige Wirtschaft, keine hinreichende. Gelingt es nicht,

- das Arbeitsangebot durch eine Stärkung der Anreize zur Arbeitsaufnahme zu erhöhen,
- die im internationalen Vergleich immer noch viel zu hohen Energiepreise zu senken und
- die überbordende Bürokratie wirksam zurückzudrängen,

dann werden sich die öffentlichen Mehrausgaben der kommenden Jahre als reine fiskalische Strohfeder erweisen. Und genau so ein Szenario möchte ich im Interesse der kommenden Generation vermeiden.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.03.2025

